



Der »Kampf um die Straße« ist vom »Kampf um die Parlamente« nicht zu trennen

Hintergrund ➔ Zur »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten

Mit dem Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns am 17. September gelangt die neofaschistische Partei nicht nur in den Besitz erheblicher zusätzlicher Geldmittel und kann das Parlament – wie bereits in Sachsen – als Plattform für ihre Propaganda benutzen. Auch die Bündnisse mit der DVU und den neonazistischen Gruppen und Netzwerken sind durch diesen Erfolg stabilisiert worden. Aus Sicht der NPD wird es nun darauf ankommen, einerseits jene WählerInnen, die der Partei erstmals ihre Stimme gegeben haben, an die Partei zu binden – hierbei dürfte insbesondere die zukünftige Arbeit der Landtagsfraktion eine beträchtliche Rolle spielen. Andererseits muss die Partei bewegungs- und szeneeintern weiterhin Angebote machen, die das aktionsorientierte Spektrum der extremen Rechten ansprechen. Hier kommt auch weiterhin Demonstrationen eine wichtige Bedeutung zu.

Als politische Aktionsform haben Demonstrationen für die extreme Rechte, insbesondere die NPD und neonazistische Akteure, seit Mitte der 1990er Jahre erheblich an Bedeutung gewonnen und sind zum festen Bestandteil ihres Aktionsrepertoires geworden. Wie der Soziologe Fabian Virchow in einer Untersuchung über diese Form rechter Mobilisierung (s. hierzu die Rezension auf S. 7 in diesem *monitor*) zeigen konnte, hat die Zahl der jährlich stattfindenden neofaschistischen Demonstrationen bzw. Aufmärsche deutlich zugenommen. Gab es ihm zufolge 1997 nur 25 solcher Aktionen mit mehr als 50 Teilnehmenden, so waren es in den Folgejahren erheblich mehr: 46 (1998), 53 (1999), 70 (2000), 107 (2001), 84

(2002), 92 (2003) und 102 (2004). Auch im vergangenen Jahr wurden über einhundert solcher Aktionen gezählt. Mittlerweile hat sich eine Art jährlicher »Demonstrationskalender« bundesweit organisierter Aufmärsche herausgebildet: Mitte Februar (Dresden), 1. Mai, Mitte August (Hess-Verehrung) und Mitte November (Halbe bei Berlin).

Etwa ein Viertel der seit 1998 durchgeführten neofaschistischen Aufmärsche richtete sich gegen das drohende NPD-Verbot oder andere staatliche Maßnahmen sowie gegen gesellschaftliche Aktivitäten gegen die extreme Rechte. Weitere Aktionsschwerpunkte waren völkische und antisemitische Globalisierungsbzw. Kapitalismuskritik, nationalistische, re-

Sichtbare Unterschiede: FAP-Aufmarsch 1993 in Berlin – NPD-Aufmarsch 2004 in Berlin.



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de

<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Rechtsextreme Wahlerfolge in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen

Berlin/Rostock • Die NPD hat bei den Wahlen in drei Bundesländern erwartete Wahlerfolge erzielt. In Berlin konnte die neonazistische Partei ihren Zweitstimmenanteil auf 2,6 % steigern (35.162 Stimmen) und wurde stärkste rechtsextreme Kraft vor den REPUBLIKANERN mit 0,9 %. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen zog die NPD mit elf Kandidaten in vier Bezirksparlamente ein: Neukölln (3,9 %; THOMAS VIERK, JAN STURM), Treptow-Köpenick (5,3 %; UDO VOIGT, ECKART BRÄUNIGER, FRITZ LIEBENOW) Marzahn-Hellersdorf (6,4 %; WOLFGANG CHIEDUCH, KARL-HEINZ BURKHARDT, MATTHIAS WICHMANN), Lichtenberg (6,0 %; MANUELA TÖNHARDT, JÖRG HÄHNEL, TORSTEN MEYER). Mit TÖNHARDT, BURKHARDT und MEYER sind drei DVU-Mitglieder in die Bezirksparlamente eingezogen. In Pankow wurde der REPUBLIKANER MICHAEL RAUSCHENBACH als Bezirksverordneter gewählt. Mehr dazu unter <http://www.apabiz.de>. Bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern konnte die NPD unter Spitzenkandidat UDO PASTÖRS (Lübtheen) ihre kommunale Verankerung in einen ungefährdeten Einzug in den Landtag ummünzen. Mit 7,3 % stellen die Neonazis nun die zweite Landtagsfraktion neben Sachsen. Gewählt wurden neben Udo Pastörs TINO MÜLLER, MICHAEL ANDREJEWSKI, STEFAN KÖSTER, BIRGER LÜSSOW und RAIMUND BORRMANN.

Auch die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 10. September beschränkten der NPD Zuwächse. Siebzehn Kandidaten errangen insgesamt 24 Mandate, zum Teil über Wählergemeinschaften: ADOLF PREUB, FRIEDRICH PREUB, ELKE RAABE, THOMAS KUPFERSCHMIDT, STEFFEN DITTRICH, MICHAEL HAHN, ADOLF DAMMANN, PETER BRINKMANN, HEINRICH THOMFOHRDE, MARC REUTER, DR. RIGOLF HENNIG, DANIEL FÜRSTENBERG, PETER MÜLLER, CHRISTIAN BERISHA, CHRISTIAN GROB, WILHELM KÖHLER, DENNIS PIETSCH. ◀

Kameradschaftssterben in Brandenburg

Brandenburg • Innerhalb weniger Wochen haben sich im Süden des Landes Brandenburg mehrere Neonazi-Kameradschaften formell aufgelöst. Den Anfang machte Mitte August die LAUSITZER FRONT aus ▼

vanchistische und rassistische Mobilisierungen, die Verherrlichung von WEHRMACHT und WAFFEN-SS bzw. von NS-Führungspersonal (RUDOLF HESS) sowie insbesondere vor und während des Krieges gegen Jugoslawien bzw. den Irak der Versuch, sich als Antikriegsbewegung zu inszenieren.

Eine neue Qualität öffentlichen Auftretens

Diese Entwicklung markiert eine qualitative Veränderung des öffentlichen Auftretens des Neofaschismus in der Bundesrepublik gegenüber den 1980er Jahren. Während es der später verbotenen FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (FAP) in jener Zeit nur mit Mühe gelang, im Rahmen einer bundesweiten Mobilisierung 100 bis 200 Anhänger nach Rotenburg/Wümme zu mobilisieren, so finden seit einigen Jahren jedes Wochenende neofaschistische Demonstrationen bzw. Aufmärsche statt. Bis zur Größenordnung von 200 bis 250 Teilnehmenden kommen diese in ihrer großen Mehrheit aus einem Umkreis von 200 Kilometern um den Veranstaltungsort. Mehrfach wurden in den vergangenen Jahren Teilnehmerzahlen von 5.000 erreicht.

Zudem stellt die Durchführung solcher Aktionen angesichts der gestiegenen »Rechts-

sicherheit«, d. h. der zugunsten der neofaschistischen Organisatoren ergangenen Urteile des Bundesverfassungsgerichts, sowie der in vielen Orten rückläufigen antifaschistischen Gegenaktionen längst keine »high-risk«-Mobilisierung mehr dar. Diese Entwicklung ist nicht das Ergebnis eines zufälligen Zusammentreffens günstiger Faktoren, sondern maßgeblich Resultat einer konsequent verfolgten und bewusst ausgebauten »Demonstrationspolitik« der NPD und von Kadern aus der Kameradschaftsszene. Bereits bei den Mobilisierungen gegen das NPD-Verbot und die Ausstellung »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« hatte sich gezeigt, dass das Spektrum in der Lage ist, nicht nur vereinzelt Aktionen abzuhalten, sondern politische Kampagnen zu organisieren, deren Dichte sich im Verlaufe der Jahre deutlich gesteigert hat. Gab es etwa 1996 nur vereinzelt kleinere Mahnwachen der Neonazis gegen die Wehrmachts-Ausstellung, so sah sich diese einige Jahre später in Dortmund nicht nur mit zwei Demonstrationen, sondern auch mit Störversuchen und wöchentlichen Gegenaktionen konfrontiert.

Sinn und Zweck

Diese »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten mit ihren Vergemeinschaftungs-

An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des apabiz, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Personen, Ideologien, Themen

Der Sonderbestand »Lebensschützer«

Der Sonderbestand »Lebensschützer« umfasst Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Briefe und Texte, die Anfang der 1990er Jahre im Rahmen von Recherchen für Radiofeatures, Presseartikel und Vorträge der Journalistin Elke Amberg gesammelt wurden. Ausgangspunkt der Sammlung ist das 1991 erschienene Buch »Vorsicht Lebensschützer. Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner« von Barbara Ritter und anderen. Insbesondere wurden Originalbroschüren und Bücher folgender Lebensschützer-Vereinigungen gesammelt:

- ▶ EUROPÄISCHE ÄRZTE AKTION (EÄA)
- ▶ JURISTENVEREINIGUNG LEBENSRECHT (JVL)
- ▶ AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE (ALFA)
- ▶ AKTION LEBEN E.V. (AL)
- ▶ CHRISTDEMOKRATEN FÜR DAS LEBEN (CDL)
- ▶ SELBSTHILFEGRUPPEN RAHEL / »Forschungen« von Maria Simon (Würzburg)

Führende IdeologInnen wurden interviewt. So liegen in transkribierter Form Interviewaussagen

vor von CHRISTA MEWES, SIEGFRIED ERNST, JOHANNA VON WESTPHALEN, BERNWARD BÜCHNER, MARIA SIMON. Die Vernetzung und Einflussnahme auf die aktuelle Politik, die zentralen Ideologien und Argumentationsmuster sowie die inhaltlichen und personellen Verbindungen zu rechtsradikalen Personen und Gruppierungen werden in mehreren journalistischen Beiträgen dargelegt und anhand der Originalbelege untermauert. Auch Briefwechsel zu juristischen Auseinandersetzungen sowie Bücher für eine Abtreibungsliberalisierung sind enthalten.

Die Sammlung umfasst insgesamt zehn Aktenordner sowie 40 Bücher und berührt Ideologien und Denkrichtungen wie christlicher Fundamentalismus, Rassismus und Antisemitismus, Biologismus, Frauenfeindlichkeit, Elitedenken, Verneinung der Evolution, Homophobie, Psychiatrisierung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen.

Für Nachfragen ist Elke Amberg unter ea@muenchen-mail.de zu erreichen. ◀



Der rechte »Demonstrationskalender« (von links oben im Uhrzeigersinn): Dresden im Februar 2006, 1. Mai 2004 in Berlin, Hess-Verehrung 2004 in Wunsiedel, Halbe bei Berlin im November 1991.

Schulungs- und Selektionsmechanismen dient nicht allein der inneren Stabilisierung der neofaschistischen Bewegung. Es soll der Öffentlichkeit dieses politische Spektrum auch als aktions- und durchsetzungsfähigen Akteur präsentieren, der das Ohr an den wesentlichen Problemen der Zeit und für diese tragfähige Lösungsmöglichkeiten anzubieten hat. Vor allem in Ostdeutschland hat es im Zusammenhang mit den Protesten gegen die unter dem Begriff »Hartz IV« bekannt gewordenen umfangreichen Kürzungen im Sozialbereich eigenständige und zum Teil kontinuierliche Aktionen von Neonazis gegeben (s. dazu *monitor* Nr. 17).

Mit der in diesem Jahr angelaufenen so genannten »Antikap«-Kampagne (Antikap steht für Antikapitalismus) versucht sich dieses Spektrum nun vor allem in Ostdeutschland als grundlegender und radikaler Kritiker von Globalisierung, Armut und Sozialabbau zu präsentieren und damit unzufriedene Bevölkerungsteile anzusprechen. Auf Schulungen und Schulungsbroschüren zu »Privatisierung« oder »Kapitalismus« bauend, soll der Kreis der Aktiven, die auch an den Info-Ständen – wie jüngst zahlreich in Mecklenburg-Vorpommern – Rede und Antwort stehen können, erweitert werden. Mit Flugblattverteilungen und Demonstrationen, die in mehrwöchigen Abständen an verschiedenen Orten in ostdeutschen Bundesländern durchgeführt werden, wird das Ziel verbunden, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Von einer solchen kontinuierlichen politischen Arbeit kann die NPD am Wahltag profitieren.

Ausblick

Für die NPD, die sich der völkischen Besetzung der »sozialen Frage« nicht nur mit den seit einigen Jahren regelmäßig durchgeführten 1. Mai-Demonstrationen, sondern auch mit der von der Landtagsfraktion in Sachsen gestarteten Mindestlohn-Initiative zugewandt hat, geht es in ihrer Propaganda darum, eine radikale Geste mit (scheinbar) realisierbaren Konzepten zu verknüpfen. Denn nur so kann sie zugleich die ideologisch gefestigten NS-Überzeugungstäter wie diejenigen bei der Stange halten, die sich eine Verbesserung ihrer schwierigen Lebensbedingungen von der NPD erwarten und denen daher auch konkrete politische Vorschläge geboten werden müssen.

So finden sich bei den Aufmärschen Parolen wie »Arbeitsplätze statt Globalisierung« oder »Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre« (dabei ist die Arbeit der Millionen im kapitalistischen Wirtschaftssystem gerade die Voraussetzung für die Profite der wenigen) sowie manches Transparent mit einer Losung »für den Sozialismus«. Als völkische Bewegung, deren verkürztes Verständnis von Kapitalismus diesen lediglich in der Zirkulationssphäre des Kapitals zu finden glaubt, bringt die NPD die Forderung nach Mindestlohn nicht nur mit der Forderung nach Mindestgewinn zusammen. Sie bindet die Idee zugleich an die Einrichtung von Arbeitspflicht und Arbeitsdienst, in den Erwerbslose zwangsweise eingegliedert werden, sowie den Ausschluss von MigrantInnen aus dem Arbeitsmarkt. So wird aus der »sozialen Frage« bei den Faschisten eine »Sache der Nation«.

Klaus P. Bergmeier

► Guben mit der Begründung, zunehmende staatliche Verfolgung habe diesen Schritt nötig gemacht. Man suche derzeit nach neuen »neuen Aktionsformen«. DER STURM COTTBUS erklärte einige Tage später ebenfalls seine Auflösung – ohne Angabe von Gründen. Beide Kameradschaften waren in das Netzwerk LAUSITZER AKTIONSBÜNDNIS eingebunden. Mitte September folgte die GESINNUNGSGEMEINSCHAFT SÜDOST-BRANDENBURG (GGSÖBB). Weil die bisherigen Möglichkeiten ausgereizt seien, wolle man mit der Auflösung »die nächste Stufe erklimmen«. Mitte September waren in der sächsischen Lausitz Wohnungen von rund 20 Neonazis durchsucht worden – die Aktion richtete sich vor allem gegen die KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ. In einem hierauf abgegebenen Rundschreiben wurden andere Kameradschaften aufgefordert, sich formell aufzulösen, um der Repression zu entgehen. Auf Gruppennamen solle fortan verzichtet und die gemeinsame Gesinnung als ausreichendes Bindeglied betrachtet werden. ◀

Schülerzeitung fand reißen den Absatz

Bundesweit • Die Zeitung »Kein Bock auf Nazis« ist vergriffen. Das achtseitige Heft war vom *apabiz* zusammen mit dem *Antifaschistischen Infoblatt* und *Turn it Down* produziert worden (s. *monitor* Nr. 26). Es richtete sich vor allem an Jugendliche und sollte diese zum Engagement gegen Rechtsextremismus ermutigen. Zwischen Juli und September wurden 125.000 Exemplare der Zeitung verteilt, die Dank der Förderung von Verdi, IG Metall Jugend und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gratis verschickt werden konnten.

Zu den Abnehmern zählten neben Antifa-Gruppen, kirchlichen Initiativen und Kulturprojekten vor allem Schulen und Jugendklubs. Während der Wahlkämpfe wurde die ▼





► Zeitung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin besonders zahlreich verteilt. In Köln nutzten Antifas die Zeitung, um gegen eine Jugendzeitschrift der rechtsextremen Gruppierung PRO KÖLN zu kontern. Unter <http://www.keinbockaufnazis.de> steht die Zeitung als PDF zur Verfügung. ◀

Ende auf der Überholspur

Sachsen • Am 30. August ist der parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, UWE LEICHSENRING, bei einem Verkehrs-



unfall nahe Pirna ums Leben gekommen. LEICHSENRING, der von Beruf Fahrlehrer war, prallte bei einem Überholmanöver mit 130 Stundenkilometern frontal gegen einen LKW. Noch am gleichen Tag versammelten sich 250 NPD-Anhänger an der Unfallstelle; an der Beerdigung Mitte September nahmen 300 Gäste teil.

In der rechten Szene kursieren Gerüchte, dass LEICHSENRING ermordet worden sei. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft lassen indes »keine Anhaltspunkte für Fremdverschulden« erkennen. Der 39jährige galt als Symbolfigur für die Verankerung der NPD in Sachsen. In seiner Heimatstadt Königstein hatte er bei der Wahl 2004 über 20 Prozent erreicht. In die sächsische NPD-Fraktion ist nun der Dresdner RENÉ DESPANG nachgerückt. ◀

Baring bei Hessen-CDU

Wiesbaden • Am 7. September hat der rechtskonservative Historiker und emeritierte Professor der Freien Universität Berlin, ARNULF BARING, auf Einladung der hessischen CDU einen Vortrag zum Thema Patriotismus gehalten. Darin bezeichnete er die NS-Diktatur als eine »beklagenswerte Entgleisung« und stellte die Einzigartigkeit des Holocaust (laut BARING ein zweifelhafter »Sünderstolz«) in Frage. Gewalttätigkeiten von Rechtsextremisten sind seiner Meinung ►

Das NPD-Gerücht

Hintergrund ➞ Gewachsene rechtsoffene Milieus ermöglichten den Erfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Nach dem klaren Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns wurde als Grund für das scheinbar plötzliche Erstarken der NPD in vielen Medien deren Verankerung in der Bevölkerung und ihr ambitionierter Wahlkampf angeführt. In Reportagen wurde auf NPD-Kinderfeste und andere Formen der Bürgernähe hingewiesen.

Auch wenn diese Art der Ursachenforschung einigermaßen spät kommt – schließlich sind derartige Bestrebungen der NPD seit etlichen Jahren bekannt – ist es ein Schritt nach vorne, dass nicht wie bisher reflexartig auf Protest-WählerInnen verwiesen wird. Doch auch die These von der lokalen Verankerung muss sich an den Verhältnissen vor Ort messen lassen.

Ein Vergleich mit der Situation in Berlin bietet sich an – hier zog die NPD am gleichen Tag in vier Kommunalparlamente ein. Im Osten der Stadt erzielte die Partei vier Prozent der Stimmen, stadtweit waren es immer noch 2,6 Prozent. Die Berliner Ergebnisse lassen Zweifel an der These der sozialen Verankerung als Basis für die Wahlerfolge der Partei aufkommen. In Berlin kann davon nämlich keine Rede sein. Ein funktionierender Landesverband mit einer ausreichenden Mitglieder- und Kaderdecke ist nicht vorhanden. Außerhalb von Wahlkämpfen ist von der NPD nichts zu spüren.

Auch die Kandidaten für die Kommunalparlamente brachten nichts von dem mit, was an sich für eine Kommunalwahl wahlentscheidend ist: Die meisten Kandidaten haben keinerlei Bezug zu Berlin, oder zu den Bezirken in denen sie angetreten waren. So ist im Bezirk Treptow-Köpenick der Parteibundeschef UDO VOIGT in die Bezirksverordnetenversammlung eingezogen. Er stammt weder aus Berlin, noch hat er irgendeine Verbindung zum Bezirk. Auch der Berliner NPD-Vorsitzende, der ehemalige Kroatiensöldner und Rechtsrockaktivist ECKART BRÄUNIGER, ist alles andere als ein Beispiel für praktizierte Bürgernähe. Ähnlich sieht es in den anderen Bezirken aus. Entweder traten beliebige NPD-Kader oder bisher fast völlig unbekannte und farblose »Nachwuchsaktivisten« zu den Kommunalwahlen an. Im Bezirk Lichtenberg ging kurz vor der Wahl ein Schreiben an alle Mitglieder, in dem händeringend nach geeigneten Kandidaten gesucht wurde. Resümiert man den Zustand und das Auftreten der NPD in der Bundeshauptstadt muss man zum Schluss kommen, dass der Wahlerfolg dieser Partei nicht viel mit ihr selbst zu tun hat.

Je radikaler, desto erfolgreicher

Die Allpräsenz der NPD ist insofern nicht mehr als ein Gerücht. Auch im mecklenburg-

vorpommerschen Dorf Postlow, wo die NPD satte 38,5 Prozent der Stimmen holte, ging der tatsächliche Wahlkampf kaum über die üblichen Plakatier-Aktionen hinaus. Wie in den Wahlnachlesen mancher Medien munkelt man dort in der Bevölkerung trotzdem vom Einfluss der NPD-Leute. Wem solche Bedeutung zugeschrieben wird, dem traut man auch leicht die Kompetenz zu, brennende Probleme anzugehen. Die tatsächlichen Inhalte und Wahlkampfthemen der Partei sind nicht entscheidend gewesen. Es genügte das bloße Gefühl, mit der NPD eine Partei zu wählen, die diffus die eigenen Interessen vertreten würde. Dieses Gefühl brauchte die NPD nur zu befeuern, um große Stimmenanteile zu erreichen – steuerbar ist es jedoch auch für die Partei selbst nicht.

Hinzu kommt, dass Hinweise auf den neonazistischen Charakter der NPD kaum abschreckten. Das Tabu des Nationalsozialismus ist in Teilen der Bevölkerung wirkungslos geworden. Die Bemerkung des Postlower Bürgermeisters, dass eine »Demokratie« möglicherweise eine gute Alternative zum jetzigen System sei, spricht eine deutliche Sprache. Dahinter steckt, dass menschenfeindliche Positionen allgemein diskussionsfähig geworden sind. Je radikaler die NPD sich gab, umso glaubhafter war sie – und umschiffte so elegant auch mögliche Konflikte mit der Kameradschafts-Szene. Die in Westdeutschland noch funktionierende Bindungskraft der dort jahrzehntealten bürgerlichen Parteien hat sich in Ostdeutschland ohnehin nie entwickeln können.

Problematische Milieus

Es lohnt, einen Blick auf die Milieus und vor allem die Jugendkultur in den fraglichen Gegenden zu werfen. Schnell wird klar, dass sich dort in den letzten Jahren ein äußerst problematisches soziales Milieu herausgebildet hat. In den verschiedenen Jugendkulturen

haben rechte Ideologiefragmente mittlerweile einen teilweise zentralen Platz eingenommen und gehören zum Alltag. Diese Entwicklung findet nur zum Teil im Wechselspiel mit der eigentlichen Neonazi-Szene statt und ist mitunter auch teils unabhängig von dieser. Von den meisten Jugendlichen werden rechte Bezüge gerade im Lifestylebereich oft nicht einmal als solche wahrgenommen. So berichten SchülerInnen, dass es völlig normal sei sich mit rechten Modemarken zu kleiden und Rechtsrock zu hören. Ein rechtes Weltbild könne man daran aber nicht festmachen. Von diesen Tendenzen ist die Kameradschaftsszene schon länger beeinflusst und eine politische Präferenz entscheidet sich in diesen Regionen nicht zwangsweise an politischer Programmatik, sondern wird oft genug zur Lifestylefrage, zu Lebenskultur.

In einer solchen Konstellation spielt – zumindest in Berlin – die NPD keine herausragende Rolle und vermag es nicht, diese Entwicklung in irgendeine Richtung zu lenken. Diese seit langem beobachtete Tendenz ist erst bei den jetzigen Wahlen für eine breite Öffentlichkeit sichtbar geworden: Die Jugendlichen sind ins wahlberechtigende Alter gekommen

nen eine ähnliche Zusammensetzung der Jugendkultur finden wie in Ostberlin und auch die NPD ist in dem nördlichen Bundesland nicht omnipräsent und spielt abgesehen von einigen Hochburgen im Alltag kaum eine Rolle. Es erscheint fraglich, ob ein vor Ort beliebter Juwelier und ein mäßig besuchtes Kinderfest mit einigen Parteifähnchen bis zu 25 Prozent der ErstwählerInnen zu überzeugen vermögen.

Betrachtet man das Ergebnis aber einmal nicht mit dem Fokus auf die NPD, sondern konzentriert sich auf die Milieus, aus denen sich deren Wählerschaft rekrutiert hat, so kann man auch zu dem Schluss kommen, dass die NPD einfach keinerlei Konkurrenz hat und daher ein Wahlkampf oder die Kandidaten nur eine Nebenrolle spielen. Während die etablierten Parteien untereinander um Konzepte streiten und versuchen, die WählerInnen von ihrer Politik zu überzeugen, spielt dieses für die NPD eine untergeordnete Rolle. Ihr genügt es, sich den extrem rechten Bevölkerungsschichten als attraktive und radikale Problemlösung zu präsentieren. Politisch ist sie konkurrenzlos, auch wenn sich ihr Profil auf einen radikalen Rassismus beschränkt.

Fazit

Bei Berücksichtigung dieser Thesen wird es zunehmend fraglicher, ob die NPD als fast alleiniger Gegenstand für den Entwurf von Gegenstrategien taugt und ob eine »Entzauberung« vor diesem Hintergrund überhaupt möglich ist. Angesichts der hier beschriebenen Beobachtungen müsste man ihr schon nachweisen, nicht wirklich rechts zu sein, um sie vor ihrer Klientel zu entzaubern.

Demgegenüber erscheint es sinnvoll, die WählerInnen der NPD genauer unter die Lupe zu nehmen und zu ergründen, unter welchen Voraussetzungen – gerade in den Jugendkulturen – in den vergangenen zehn Jahren Milieus entstehen konnten, die sich selbst als völlig unpolitisch definieren, aber mit eindeutigen Versatzstücken einer neonazistischen Bewegung gespickt sind. Die Ablehnung von Politik und ein Mangel an Bildung, gepaart mit einem maßgeschneiderten Angebot aus rechtem Lifestyle definieren diese Milieus, welche sich langfristig als feste Basis der extremen Rechten herausstellen können.

Es lohnt sich, darüber nachzudenken, wie man dieser Entwicklung entgegenwirken kann, und diesbezügliche Strategien zu entwickeln. Andernfalls wird sich das Problem der rechten Basis ohne Berührungängste verschärfen – und das nicht nur in Form von Wahlerfolgen der NPD als derzeit davon profitierender Partei.

Falco Schuhmann

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!

und für sie ist die NPD die einzige Partei, die ihrer politischen Präferenz entspricht. Zwar gibt es in Deutschland schon lange ein großes rechtsextrêmes Einstellungspotenzial. Aber im Gegensatz zur neuen Generation hat diese Klientel bislang überwiegend nichts extrem rechts gewählt.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern keine Omnipräsenz

Wenn man mit dem Wissen um die Berliner Besonderheiten auf das Wahlergebnis von Mecklenburg-Vorpommern schaut, kommen auch hier Zweifel an der unikausalen These von der sozialen Verankerung auf. In Mecklenburg-Vorpommern wird man in vielen Regio-



► nach nicht neonazistisch motiviert, sondern allenfalls »Jugendverirrungen«. Im nationalsozialistischen Vokabular plädierte BARING für die »Eindeutschung« von Einwanderern. Die hessische CDU distanzierte sich nicht von BARINGS Äußerungen. ◀

Hoyerswerda: 15 Jahre danach

Hoyerswerda • Am 23. September demonstrierten in der Kleinstadt 400 Menschen unter dem Motto »Hoyerswerda 15 Jahre später. Gegen rechte Strukturen und kollektive Verdrängung«. Die antifaschistische Demonstration sollte an das Pogrom von 1991 erinnern und einen lautstarken Akzent gegen den stillschweigenden Umgang damit setzen.

In der Woche vom 17. bis zum 22. September 1991 terrorisierten rechte Jugendliche und angeeizte Neonazis in Hoyerswerda mosambikanische und vietnamesische VertragsarbeiterInnen und AsylbewerberInnen. Seinen traurigen Höhepunkt fand das rassistische Pogrom, als die sächsische Landesregierung die Angegriffenen – begleitet vom wohlwollenden Beifall und rassistischen Parolen der Bevölkerung – mit Bussen aus der Stadt bringen ließ. ◀

Urteil gegen antifaschistischen Button

Stuttgart • Der Betreiber des Punkrock-Mailorders »Nix Gut«, Jürgen Kamm, ist am 29. September vom Landgericht Stuttgart zu einer Geldstrafe von 3600 Euro wegen »gewerbsmäßiger Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen« verurteilt worden. Seine Tathandlung bestand im Vertrieb von Buttons und Aufnähern, auf denen das Hakenkreuz zerschlagen, entsorgt oder, einem Verbots-



schild gleich, durchgestrichen ist. Dem Urteil nach sei die eigentliche Intention der antifaschistischen Symbole nicht eindeutig zu ▼



► erkennen. Zudem ziele das Gesetz auf »die grundsätzliche Tabuisierung des Hakenkreuzes« ab. Kamms Anwalt kündigte Revision vor dem Bundesgerichtshof an. ◀

Pankow: Rassistische Mobilisierung geht weiter

Berlin • Am 14. September hat im Pankower Ortsteil Heinersdorf erneut ein Aufmarsch gegen den dort geplanten Bau einer Moschee stattgefunden. Organisiert wurde die Veranstaltung wie die vorigen von der BÜRGERINITIATIVE INTERESSENGEMEINSCHAFT PANKOW-HEINERSDORFER BÜRGER. Unter den Teilnehmern befanden sich mehrere hundert Rechtsextremisten, unter ihnen die Führungsriege der Berliner NPD und deren Bundesvorsitzender UDO VOIGT. Als die Neonazis einer Anweisung der Demonstrationsleitung, sich am Ende des Zuges ein-



zureihen, nicht Folge leisteten, wurde diese von der Polizei umgesetzt. Auf dem Aufmarsch sprach auch der CDU-Kreisvorsitzende und Abgeordnete René Stadtkewitz. Stadtkewitz war in die Kritik geraten, weil er der extrem rechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT ein Interview gegeben hatte. Die ebenfalls anwesenden Pankower Republikaner boten Stadtkewitz daraufhin einen Wechsel in ihre Partei an, den er jedoch ablehnte. ◀

Abtreibungsgegner marschieren

Berlin • Am 23. September fand in Berlin der jährliche Aufmarsch »1.000 Kreuze für das Leben« statt, zu dem bundesweit sogenannte »Lebensschützer« aufrufen. Wie jedes Jahr nahmen rund 1.000 mit weißen Holzkreuzen bestückte Abtreibungsgegner an der Veranstaltung teil; die Kreuze sollen »als Symbol für die Zahl der ungeborenen Kinder, die jeden Werktag in Deutschland getötet werden« stehen, so die Veranstalter. Veranstalter des jährlichen Spektakels mit Kundgebung vor dem ▼

Keine Angst vor Antifa und Illuminati

Bericht ☉ Esoterische Verschwörungstheorien in Berlin

Veranstaltet wurde der Vortrag von JO CONRAD letztlich im Akazienhof in Schöneberg – nachdem AntifaschistInnen den ursprünglichen Veranstaltungsort zu einer Absage bewegen konnte. Einer der Organisatoren der Veranstaltung vom BIOCHEMISCHEN VEREIN BERLIN erklärte dazu, dass »die Antifa« versucht hätte, den Referenten »in die rechte Ecke zu stellen«. Dies sei jedoch völlig ungerechtfertigt, er selbst habe das im Internet noch einmal recherchiert.

Indes ist CONRAD kein Unbekannter; er wird inzwischen sogar in der Broschüre »Brennpunkt Esoterik – Okkultismus, Satanismus, Rechtsradikalismus« der Landesjugendbehörde Hamburg von 2006 erwähnt. Dort wird er als Vertreter »eine[r] Vielzahl rechtsextremer Positionen« gehandelt. CONRAD selbst behauptet, »keinerlei Sympathien für Nazis« zu haben¹, zweifelt jedoch Deutschlands Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg an², hält Zweifel am Holocaust für legitim³ und zitiert ausführlich »Die Protokolle der Weisen von Zion« – ein gefälschtes antisemitisches Hetz-Werk aus dem 19. Jahrhundert.

»...nur Fragen...«

Am 20. September in Berlin ging es indes nicht um deutsche Geschichte, sondern viel allgemeiner um »Angst«. Nach CONRAD wollen »die da oben« uns Angst machen, die Illuminati, die Freimaurer, der CIA – so genau mag er sich da nicht festlegen. Trotz strukturell antisemitischer Vorstellungen fällt das Wort »Juden« nicht ein einziges Mal. Es ist lediglich von dem »Gott des Alten Testaments« die Rede, dem Gott der Rache, Zerstörung und Gewalt, der uns zum Fürchten bringen soll, wie es auch der Terror versucht. CONRAD selbst lässt sich keine Angst mehr machen, nicht von der Antifa und nicht von den »Mächten, die die Welt beherrschen wollen«. Angst hindere uns daran, »unsere eigene Göttlichkeit zu erkennen«. Er suggeriert unter dem zustimmenden Gemurmel des Publikums, die Anschläge des 11.9. seien nur ein Fake gewesen, aber sagt zugleich: »Ich will gar nicht irgendwelche Behauptungen aufstellen, ich stelle nur Fragen«.

Die etwa hundert Gäste des Abends scheinen kaum schockiert von den unglaublichen Enthül-

Am 20. September veranstaltete der esoterische Verschwörungstheoretiker JO CONRAD in Berlin einen Vortrag, um über ein »paar Dinge, die Sie über diese Welt wissen sollten...« zu informieren. Der gelernte Taxifahrer erklärte seinem zahlreich erschienenen Publikum im Schöneberger Akazienhof bei dieser Gelegenheit die Zusammenhänge von 9/11, Freimaurern, Medizin, Medien, unserer eigenen Göttlichkeit, Frieden und anderen Dingen.

lungen, die CONRAD vorsichtig-suggestiv aber scheinbar wissenschaftlich anhand von Folien und »Fakten« präsentiert. Irgendwie scheinen sie das alles schon geahnt zu haben: Der Terror kommt direkt von den westlichen Mächten; AIDS gibt es nicht; Krebs ist eine psychische Krankheit; wir müssen uns selbst erlösen; unsere PolitikerInnen sind fremdgesteuert; Freimaurer kommunizieren anhand einer komplexen Zeichensprache über die öffentlichen Medien etc.

Fazit

Esoterische VerschwörungstheoretikerInnen wie JO CONRAD finden mit ihren hermetischen Argumentationsweisen für jedes komplexe Phänomen eine einfache und »ganzheitliche« Erklärung. Sie sprechen ein breites, sich selbst meist eher als alternativ empfindendes Publikum an. Dass dabei rechte Ideologien zu einer »spirituellen Selbstbefreiung« mitgeliefert werden, scheinen viele entweder hinzunehmen oder in ihr vermeintlich unpolitisches Weltbild integrieren zu können.

Conrads Vorlagen⁴ und nicht zuletzt sein auch im Vortrag erwähnter Lehrmeister »Jan van Helsing« bzw. JAN UDO HOLEY finden sich aber nicht nur in den Regalen von EsoterikerInnen, sondern sind auch Lektüre vieler Nazis. So gelangen über CONRADS Bücher – die er selbst als Ersatz für van Helsing indizierte »Geheimgesellschaften« anpreist – die alten Theorien zurück sowohl in die extrem rechte als auch in die Esoterik-Szene. Und manchmal schreibt CONRAD auch direkt für Nazis: 2003 publizierte er einen Artikel in der rechtsextremen Zeitschrift DEUTSCHLAND – SCHRIFT FÜR NEUE ORDNUNG.

Maren Küster

1) CONRAD, Zusammenhänge, S. 121, zitiert in: Brennpunkt Esoterik, S. 224.

2) CONRAD, Zusammenhänge, S. 129, zitiert in: Brennpunkt Esoterik, S. 224.

3) »Bei uns ist es verboten zu bezweifeln, dass es den Holocaust in diesem Ausmaß gegeben hat. Das soll hier natürlich nicht geschehen, aber man muss sich fragen, warum Zweifel an etwas verboten sind, das jederzeit beweisbar wäre.« (CONRAD, Entwirrungen, S. 64; <http://www.h-ref.de/personen/conrad-jo/jo-conrad-karma.php>).

4) Als solche zu nennen sind etwa GERD HONSIK und GARY ALLEN, vgl. die Quellenangaben seiner Bücher und die Buchempfehlungen auf seiner Homepage.



Rechte »Demonstrationspolitik«

Rezension ☉ Virchow, Fabian: »Dimensionen der ‚Demonstrationspolitik‘ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland«. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hg.): »Moderner Rechtsextremismus in Deutschland«. Hamburg 2006, S. 68 ff.

Mit ihrem Sammelband haben Klärner und Kohlstruck ein viel beachtetes sowie überfälliges Werk vorgelegt. Der Band verdeutlicht und versammelt alle Stärken und Schwächen der bundesdeutschen Rechtsextremismus-Forschung – wenn es eine solche im engeren Sinne überhaupt gibt. Viele Schwerpunkte des Buches waren in der Vergangenheit auch Aspekte der Arbeit im *apabiz*. Mit manchen der Autoren fand daher im Vorfeld des Bandes ein Austausch statt oder sie nutzten das Archiv zur Recherche für ihre Beiträge. Da uns der Platz fehlt, alle Beiträge gleichermaßen zu würdigen, wollen wir in dieser Ausgabe und in folgenden einzelne Aufsätze herausgreifen.

Fabian Virchows Untersuchung über die »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten stellt zunächst die Bedeutung dieses Aktionsbereiches für den bewegungsorientierten Rechtsextremismus fest und belegt dies detailreich mit umfangreichem Material. So weist der Autor für die Jahre 1998 bis 2004 nicht nur die Anzahl der neonazistischen Aufmärsche nach, sondern auch deren Themen und die Durchschnittszahl der Teilnehmenden. Er stellt u. a. zutreffend fest: »Als qualitative Veränderung fällt (...) ins Gewicht, dass aus dem Bewegungsmilieu auch kurzfristig (...) und ohne öffentlich erkennbare Mobilisierung bis zu 200 Personen (...) zusammenkommen können.« (S. 78). Und resümiert: »Zu den bedeutsamen Veränderungen zählt schließlich der Versuch (...), zu aktuellen politi-

schon Entwicklungen und Ereignissen öffentlich wahrnehmbar zu sein und dazu mit einer Vielzahl von Aktionen und Propagandamitteln aufzutreten.« (ebd.).

Im Anschluss untersucht Virchow die weitergehenden Wirkungen der Demonstrationspolitik sowohl nach innen, für die neonazistische Bewegung, als auch nach außen in die Gesellschaft. Die Ziele und Wirkungen nach innen belegt Virchow anhand von Strategiepapieren und Stellungnahmen des neofaschistischen Spektrums. Er zieht das Fazit, dass es den Kadern mit der Demonstrationspolitik darum gehe, »ein Emotionskollektiv zu schaffen, das der Rekrutierung neuer Bewegungsmitglieder ebenso dienlich sein soll wie der Stabilisierung der kollektiven Identität der Bewegung, der Auswahl von Nachwuchskadern sowie der Formierung spezifischer Weltbilder und innerer Haltungen.« (S. 88). Nach außen gilt es neben dem Nachweis der Existenz einer neonazistischen Bewegung auch um die symbolträchtige Besetzung von Orten oder Geschichte, die »den Handlungsspielraum der Bewegung erweitern soll«.

Fabian Virchow liefert mit seiner gelungenen Untersuchung erstmals eine ausführliche empirische und analytische Studie über das Thema. Sein Interpretationsrahmen folgt den bisherigen Forschungen über die Bewegungsförmigkeit des modernen Rechtsextremismus und fügt diesen einen überzeugenden Aspekt hinzu. **Ulli Jentsch**

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Überarbeiteter Vortrag wieder im Programm

NPD unter der Lupe

Der Vortrag über die NPD aus dem Bildungsprogramm des *apabiz* ist komplett überarbeitet worden und steht nun in aktualisierter Form für Infoabende, Diskussionsrunden und Fortbildungen zur Verfügung. Anspruch des Referats ist es, das nötige Wissen für die Auseinandersetzung mit der derzeit erfolgreichsten rechtsextremen Partei in Deutschland zu vermitteln.

Der »Deutschland-Pakt«, die Annäherung an die Kameradschaftsszene, Drei-Säulen- und »Wortergreifungs«-Konzept, die parlamentari-

schon Provokationen in Sachsen und viele weitere Elemente der NPD-Strategie werden beleuchtet und eingeordnet. Zudem stellt der Vortrag die ideologischen Fundamente der Partei sowie die Positionen der führenden Köpfe dar. In einem historischen Abriss wird erklärt, wie die NPD – die Mitte der 1990er Jahre kurz dem politischen und finanziellen Ausstand – es innerhalb von zehn Jahren schaffen konnte, sich zu stabilisieren und in zwei Landtage einzuziehen. ◀

► Roten Rathaus, »Trauermarsch« und Gottesdienst ist der BUNDESVERBAND LEBENSRECHT (BVL) unter CLAUDIA KAMINSKI, die gleichzeitig Vorsitzende der AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE (ALFA) sowie Pressereferentin des Malteser Hilfsdienstes ist. Die Organisation vor Ort unterstand der Vereinigung KALEB E.V. und PRO LIFE BERLIN. ◀

Schutzbund ignoriert Verbot

Brandenburg (Land) • Die im Juli vom Land Brandenburg verbotene Neonazi-Propagandawerkstatt SCHUTZBUND DEUTSCHLAND führt ihre Aktivitäten offenbar fort – unter dem Namen BEWEGUNG NEUES DEUTSCHLAND. Seit dem Verbot sind zwei Flugblätter erschienen, die im altbekannten SCHUTZBUND-Stil formuliert sind und auch optisch mit den Vorläufern übereinstimmen. Lediglich die Bestelladresse hat sich geändert. Behördliche Reaktionen auf diese Fortführung des SCHUTZBUNDES lassen bislang auf sich warten. Das Verbot war mit den verfassungsfeindlichen Parolen und der Verherrlichung des Nationalsozialismus durch die Organisation begründet worden. ◀

NPD-Frauenorganisation gegründet

Sotterhausen • Am 16. September wurde der RING NATIONALER FRAUEN (RNF) als Frauenorganisation der NPD in Sotterhausen gegründet. Als Initiatorinnen traten die sächsische NPD-Landtagsabgeordnete GITTA SCHÜSSLER sowie die NPD-Mitglieder JUDITH ROTHE (Sachsen-Anhalt) und KATHARINA BECKER (Niedersachsen) auf. In das Führungsgremium wurden neben den Initiatorinnen u. a. STELLA PALAU – die Lebensgefährtin des neuen NPD-Bezirksverordneten in Berlin-Lichtenberg, JÖRG HÄHNEL – aus Berlin und die Freundin des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden HOLGER APFEL, JASMIN LANGER, aus Hannover gewählt. Neben den 31 Teilnehmerinnen waren auch der NPD-Multifunktionsär PETER MARX und ENRICO MARX anwesend, die für den Ordnungsdienst der Veranstaltung verantwortlich waren. In den verabschiedeten Grundsätzen der neuen Organisation wurde erklärt, dass man »sämtliche nationalen Frauen zusammenbringen möchte«. ◀



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort ver-

fugbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Jäger, Siegfried; Jäger, Margarete: »Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus«. LIT Verlag, Münster 2003.*

Seit dem Wiederaufflammen der gewalttätigen Auseinandersetzungen im Nahen Osten im September 2000 hat die Berichterstattung über den Konflikt in den deutschen Medien merklich zugenommen. In ihrer Studie analysieren Margarete und Siegfried Jäger den Printmedien-Diskurs zur Nahostberichterstattung während der »Zweiten Intifada« von September 2000 bis August 2001. Dabei untersuchen sie, inwieweit das von den Medien gezeichnete Bild der Israelis und der Palästinenser von Vorurteilen und Stereotypen geprägt ist.

- *Kübler, Elisabeth: »Antisemitismus als gesamteuropäische Herausforderung. Eine vergleichende Analyse der Maßnahmen der OSZE und der EUMC«. LIT Verlag, Wien 2005.*

In ihrer Diplomarbeit analysiert Elisabeth Kübler die gesamteuropäische Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus, wobei sie konkret die Maßnahmen der »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (OSZE) und des 1997 installierten »European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia« (EUMC) bearbeitet.

Dabei betrachtet Kübler den Antisemitismus als demokratie-, menschenrechts- und friedenspolitisches Risiko, das aus den speziellen historischen und regionalen Entwicklungen Europas resultiert. Beachtung finden in der Studie auch der arabische und islamistische Antisemitismus, sowie der Philosemitismus – als »Ausgrenzung unter umgekehrten Vorzeichen«.

- *Gellner, Torsten: »Ein antisemitischer Affektsturm? Walser, Schirrmacher, Reich-Ranicki und der Tod eines Kritikers«. Tectum Verlag, Marburg 2004.*

Mit seinem Buch »Tod eines Kritikers« hat Martin Walser im Frühsommer 2002 nicht nur deutsche Feuilletonredakteure in helle Aufregung versetzt und zahlreiche Kritiken, Gegenkritiken und Protestkundgebungen ausgelöst. Gellner untersucht in seiner Studie die vielfältigen Konflikte um Walsers Person und Werk und skizziert den chronologischen Verlauf der Kontroverse um den angeblich antisemitischen Tenor von Walsers Buch. Dabei versucht er, die Frage zu beantworten, inwiefern Walsers inkriminierter Text tatsächlich als ein von antisemi-

tischen Klischees durchsetztes »Hassdokument« verstanden werden kann.

- *Immenroth, Anke: »Die Wehrmacht im Blick der Öffentlichkeit. Analyse zweier Ausstellungen unter konzeptionellen Gesichtspunkten«. Tectum Verlag, Marburg 2004.*

Die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« wurde wie wohl kaum eine andere in Deutschland in der Öffentlichkeit diskutiert. Weitgehend unbeachtet blieb dagegen die Ausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes über militärischen Widerstand gegen das NS-Regime. Immenroth untersucht in ihrer Arbeit die Konzeptionen der beiden Ausstellungen und sucht Gründe für das unterschiedliche öffentliche Interesse.

- *Hesse, Hans; Schreiber, Jens: »Vom Schlachthof nach Auschwitz. Die NS-Verfolgung der Sinti und Roma aus Bremen, Bremerhaven und Nordwestdeutschland«. Tectum Verlag, Marburg 1999.*

Auf dem Gelände des ehemaligen Bremer Schlachthofes stellten im März 1934 Bremer Kriminalbeamte Deportationszüge nach Auschwitz zusammen und errichteten ein Sammellager, in dem hunderte Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland mehrere Tage bis zur endgültigen Deportation gefangengehalten wurden. Das Buch stellt unter Einbeziehung von Originalakten aus der NS-Zeit die Verfolgung und Diskriminierung der Sinti und Roma in Bremen und Bremerhaven während und nach der NS-Zeit dar. Ein großer Teil der Studie widmet sich zudem der Verfolgung von Sinti und Roma in Niedersachsen vor 1933.

- *Bajohr, Frank; Pohl, Dieter: »Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten«. C.H. Beck, München 2006.*

»Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus und insbesondere der Mord an den Juden waren im Reich und bei den Alliierten seit Mitte 1942 ein offenes Geheimnis« – so die provokante These der Historiker Pohl und Bajohr, die mit ihrem Buch mit der »Lebenslüge« vieler Deutscher aufräumen wollen, von der »Sache mit den Juden« nichts gewusst zu haben. Sie fragen, wie die deutsche Bevölkerung mit ihrer Kenntnis von Judenverfolgung und Holocaust umging und wie die NS-Führung auf die internationale Publizität der Verbrechen reagierte.